Zweitveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula

Was kann die Jugendforschung zur politischen Kulturforschung beitragen?

Datum der Zweitveröffentlichung: 26.04.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-592513

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Was kann die Jugendforschung zur politischen Kulturforschung beitragen?. In: Jugend und Politik: "Voll normal!" : der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Roller, Edeltraud; Brettschneider, Frank; Deth, Jan W. van (Hg). Wiesbaden : VS-Verl., 2006. S. 55-74. DOI: 10.1007/978-3-531-90094-0_2.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Was kann die Jugendforschung zur politischen Kulturforschung beitragen?

Ursula Hoffmann-Lange

1. Einleitung

Von der Jugendforschung erwartet man sich Aufschlüsse über neue gesellschaftliche Entwicklungen. Denn Jugendliche werden – vermutlich zu Recht – als diejenige gesellschaftliche Gruppe betrachtet, in der sich diese Entwicklungen zuerst manifestieren. In Deutschland ist dabei das Interesse an der Jugend und an den Ergebnissen der Jugendforschung besonders groß. So haben Allerbeck und Hoag (1985: 9) festgestellt, dass es sich beim größten Teil der zum Schlagwort Jugend erschienen Bücher um deutsche Publikationen handelt. Auch die große öffentliche Aufmerksamkeit, die die Veröffentlichungen zu den Shell-Jugendstudien auslösen, ist für sozialwissenschaftliche Publikationen ungewöhnlich und kann nicht alleine auf die gute PR-Arbeit der Deutschen Shell zurückgeführt werden. Im Februar 2005 stand die Publikation über die Shell-Jugendstudie von 2000 (Deutsche Shell 2000) auf dem Amazon-Verkaufsrang 5.866, die Publikation über die Shell-Jugendstudie von 2002 (Deutsche Shell 2002) auf Rang 22.226. Man kann zudem keine Veranstaltung zum Thema Jugend besuchen, ohne dass in Diskussionsbeiträgen auf die Ergebnisse der Shell-Jugendstudien verwiesen wird. Dies deutet darauf hin, dass deren Ergebnisse – zumindest so weit dies die Kenntnis von Randauszählungen betrifft – auch tatsächlich rezipiert und als valider Indikator für den augenblicklichen Zustand der Jugend betrachtet werden. Zum Vergleich: Der 2003 erschienene Sammelband von Hans Herbert von Arnim mit dem viel versprechenden Titel *Korruption* erreichte im selben Monat lediglich den Amazon-Verkaufsrang 53.469, und andere zugkräftige politikwissenschaftliche Autorennamen und Titel kommen normalerweise nicht über Ränge im sechsstelligen Bereich hinaus.

Zu den meist diskutierten Ergebnissen der Shell-Jugendstudien wiederum gehören nicht zuletzt diejenigen zum politischen Interesse und zum Vertrauen in politische Institutionen. Insofern liegt es nahe, das große öffentliche Interesse am Verhältnis von Jugendlichen zur Politik nicht nur als ein gesellschaftspolitisches Phänomen zu betrachten, das Politikwissenschaftler nicht weiter zu interessieren hat, sondern es scheint angezeigt, sich ernsthaft mit der im Titel angesprochenen Frage zu beschäftigen, was die Jugendforschung zur politischen Kulturforschung beitragen kann. Da neben den Shell-Jugendstudien regelmäßig auch noch andere Jugendstudien durchgeführt werden – von Soziologen, Psychologen und Pädagogen, von öffentlichen Einrichtungen wie dem Deutschen Jugendinstitut und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), aber auch von Verbänden und zu kommerziellen Zwecken –, lohnt es sich, der Frage

nachzugehen, ob es sich bei diesen Studien um eine potenziell für die politische Kulturforschung nützliche Datenbasis handelt. Einige Jugendumfragen genügen von ihrer Methodik her durchaus wissenschaftlichen Anforderungen an die Repräsentativität von Stichproben und enthalten eine ausreichende Zahl politikwissenschaftlich relevanter Indikatoren. Dies gilt in erster Linie für den DJI-Jugendsurvey, dessen dritte Welle 2003 durchgeführt wurde. Die ersten beiden Wellen von 1992 und 1997 befassten sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Jugend und Politik. Ihre Daten sind über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA-Nr. 2527 und 3298) zugänglich. Der DJI-Jugendsurvey hat darüber hinaus auch noch den Vorteil, dass es sich dabei um eine sehr große Stichprobenerhebung handelt, die differenzierte Analysen von Untergruppen erlaubt.

Die Shell-Jugendstudien sind dagegen aus mehreren Gründen nur eingeschränkt für politikwissenschaftliche Sekundäranalysen geeignet. Zunächst einmal basieren sie bis heute auf Quotenstichproben und sind daher nur bedingt als repräsentativ anzusehen, wie Hoag (1986) in ihrer detaillierten Kritik nachgewiesen hat. Zum anderen haben die Shell-Jugendstudien bisher mit Ausnahme von 2002 durchweg nur sehr wenige Indikatoren zu politischen Themen enthalten. Und drittens zeichnen sie sich durch eine frappante Diskontinuität der forschungsleitenden Fragestellungen aus, so dass Zeitvergleiche nur für wenige Indikatoren wie das politische Interesse möglich sind. Selbst dieses ist in den verschiedenen Studien noch unterschiedlich erhoben worden, teils in dichotomer Form, teils mit einer vierstufigen Antwortskala, was Vergleiche über die Zeit erschwert.[1]

Als dritte Serie von Jugendumfragen, deren Daten über das ZA zugänglich sind, sind die bisherigen vier Wellen der ipos-Jugendstudien (1993, 1995, 1999, 2002) zu nennen, die sich allerdings schwerpunktmäßig mit den Lebensverhältnissen junger Menschen befassen und nur eine beschränkte Anzahl für die politische Kulturforschung einschlägiger Fragen enthalten – unter anderem zum politischen Interesse und zu Einstellungen zu Migranten.[2] Die Daten der meisten übrigen Jugendstudien sind dagegen nicht allgemein zugänglich.

Im Folgenden werde ich zunächst auf die Grenzen des Beitrags der Jugendforschung zur politischen Kulturforschung und auf typische Fehler bei der Interpretation der Ergebnisse eingehen, um danach Lösungsmöglichkeiten durch die Kombination von repräsentativen Bevölkerungsumfragen und Jugendstudien zu diskutieren.

1 Auch die Daten der seit 1981 durchgeführten Shell-Jugendstudien sind über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung zugänglich (ZA-Nr. 1201, 1438, 1439, 2323, 2930, 3431, 3432, 3694).

2 Die vier Umfragen wurden von ipos im Auftrag des BMFSFJ durchgeführt. Zielgruppe waren 14- bis 27-Jährige (ZA-Nr. 2397, 2585, 3975 und 3976). Die Fallzahlen lagen jeweils über 2.000 Interviews (2002: 2.516 in den alten und 1.016 in den neuen Bundesländern). ipos hat darüber hinaus im Jahr 2003 für den Bundesverband Deutscher Banken eine Telefonumfrage bei Jugendlichen von 14 bis 24 Jahren (N = 750) und Erwachsenen (wahlberechtigte Bevölkerung, N = 1.007) durchgeführt, in der in erster Linie Einstellungen zu Wirtschaftsverständnis und Finanzkultur erfragt wurden und die auch einige Fragen zu politischen Einstellungen enthielt (ZA-Nr. 3951 und 3952).

2. Typische Datenprobleme und Fehler, die bei der Interpretation von Umfrageergebnissen durch Jugendforscher und Politikwissenschaftler gemacht werden

Auf der Basis der in Jugendumfragen festgestellten politischen Orientierungen von Jugendlichen werden von Jugendforschern vielfach weitreichende Schlüsse hinsichtlich der Zukunft der deutschen Demokratie gezogen. Auf öffentliches Interesse stoßen dabei vor allem solche Publikationen, die mit scheinbar dramatischen Ergebnissen aufwarten können und die dann regelmäßig Anlass zu besorgten Kommentaren von pädagogischer und journalistischer Seite geben. Dabei haben in jüngster Zeit vor allem zwei Entwicklungen im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gestanden, nämlich einmal die angeblich unter Jugendlichen grassierende Politikverdrossenheit sowie die Frage nach der Anfälligkeit Jugendlicher für Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

So konstatiert beispielsweise die Shell-Jugendstudie von 2000 einen starken Rückgang des politischen Interesses von Jugendlichen seit Beginn der 1990er Jahre und eine deutliche Zunahme der politischen Entfremdung (Fischer 1997: 303ff.; Fischer 2000: 263ff.). Vergleichbare Ergebnisse brachte eine 1996 durchgeführte Replikationsbefragung zur Shell-Jugendstudie von 1992 (Pickel 2002: 106). Bei der Darstellung solcher Ergebnisse wird gerne ein zeitlicher Ausgangspunkt genommen, der den vom Forscher konstatierten Trend stützt, selbst wenn prinzipiell längere Zeitreiheninformationen verfügbar wären, die eine andere Interpretation nahe legen. Dies ist vor allem beim politischen Interesse der Fall, das große Fluktuationen im Zeitverlauf aufweist und für das sich zumindest seit Mitte der 1970er Jahre kein eindeutiger Trend ausmachen lässt (Hoffmann-Lange 2001).

Während für das politische Interesse teilweise wenigstens noch Vergleichszahlen für zurückliegende Jahre berichtet werden, ist dies bei vielen anderen Indikatoren für die Politikverdrossenheit nicht der Fall.[3] Und selbst wo Zeitreihen mit identischen Indikatoren aus anderen Studien prinzipiell zur Verfügung stünden, beschränkt sich die Darstellung meist auf die Ergebnisse eigener früherer Erhebungen. Nun ist ein solches Vorgehen zwar durchaus verständlich, denn die Publikationen dienen natürlich in erster Linie der Darstellung der mit viel Aufwand erhobenen eigenen Daten. Andererseits leiten die Jugendforscher aus ihren Ergebnissen aber häufig ungerechtfertigte Schlüsse ab, die weit über die tatsächliche Aussagekraft ihrer Daten hinausgehen. Dies geschieht in der Regel durchaus in wohl meinender Absicht. Denn Jugendforscher verstehen sich vielfach als Anwälte der Jugendlichen und nutzen ihre Publikationen dazu, Kritik an einer ihres Erachtens unzulänglichen Jugendpolitik zu üben. Von daher argumentieren sie gerne, dass es aus Sicht der Jugendlichen nur konsequent ist, wenn sie der etablierten Politik und den Politikern distanziert gegenüberstehen. Dabei erliegen sie leicht der Gefahr von Fehlschlüssen, die gerade bei Jugendstudien besonders nahe liegen und von denen hier nur die sechs wichtigsten genannt werden sollen.

3 Rühmliche Ausnahmen sind die Publikationen von Pickel (2002) sowie von Gille/Krüger (2000).

Erstens sind nicht alle Jugendstudien repräsentativ für die Gesamtheit der Jugendlichen. Vielfach ist die Erhebung aus finanziellen Gründen oder auf Grund des exploratorischen Charakters einer Studie (zum Beispiel bei psychologischen Untersuchungen) auf eine bestimmte Region beschränkt. Bei solchen Studien ist zunächst zu fragen, inwieweit die einbezogene Region von ihrer sozioökonomischen Struktur her repräsentativ ist. Es liegt auf der Hand, dass eine in einer Großstadt wie Berlin durchgeführte Erhebung nur bedingt Generalisierungen zulässt, da in Großstädten einerseits das Bildungsniveau höher ist, andererseits jedoch auch problematische Wohnquartiere häufiger sind als in kleineren Städten oder auf dem Land. Angesichts der existierenden Unterschiede in den sozioökonomischen Strukturen der verschiedenen Bundesländer und insbesondere angesichts der Unterschiede zwischen West und Ost ist daher bei Generalisierungen auf der Basis von Umfragen in einzelnen Bundesländern Vorsicht geboten.[4]

Regionale Differenzen können sogar die Zusammenhänge zwischen Variablen betreffen. Beispielsweise war in der Zeit unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung der Zusammenhang zwischen der Identifikation mit dem eigenen Landesteil und mit Gesamtdeutschland in den neuen Bundesländern negativ, in den alten Bundesländern dagegen positiv (Westle 1999: 172). Dasselbe galt für den Zusammenhang mit nationalistischen Einstellungen (Westle 1995: 231f.). Generalisierungen auf der Basis eingeschränkter Stichproben sind daher immer problematisch. Dem sollte zumindest dadurch Rechnung getragen werden, dass zusätzlich regional nicht beschränkte Vergleichsdaten herangezogen werden, um die Generalisierbarkeit der in der Stichprobe gefundenen Randverteilungen abzusichern.

Eine zweite Fehlerquelle, die vor allem bei der Analyse von Entwicklungen im Zeitverlauf bedeutsam ist, liegt in der unterschiedlichen Abgrenzung der einbezogenen Altersgruppen. Die Definition von Jugend reicht in den verschiedenen Jugendstudien von 12 bis 29 Jahren, wobei die Zahl der einbezogenen Jahrgänge stark zwischen den Studien variiert. Die Ausweitung des Jugendbegriffs auf junge Erwachsene ist auf die durch die Bildungsexpansion bedingte Verlängerung der Jugendphase (Postadoleszenz; erweitertes Jugendmoratorium) zurückzuführen (unter anderem Zinnecker/Molnár 1988). Daher werden in Jugendstudien meist auch junge Erwachsene einbezogen (zum Beispiel Gille/Krüger 2000; Hoffmann-Lange 1995; Jugendwerk der Deutschen Shell 1992; Schmidtchen 1983; SINUS 1983).

Gleichzeitig haben Jugendforscher auch eine Akzeleration der selbständigen Urteils- und Geschmacksbildung in persönlichen wie auch politischen Fragen konstatiert. Hieraus ergibt sich eigentlich die Notwendigkeit, die Altersabgrenzung

4 So war beispielsweise die Studie von Kuhn, Weiss und Oswald (2001) auf Schüler in Brandenburg beschränkt. Zudem handelt es sich um eine Panelstudie, bei der es vor allem bei den ehemaligen Gesamt- und Realschülern in den späteren Befragungswellen hohe Ausfälle gab (Schmid 2001: 43f.). Insofern ist der Titel des Bands *Jugendliche Wähler in den neuen Bundesländern* irreführend, vor allem soweit Randverteilungen für einzelne Variablen berichtet werden. Ansonsten handelt es sich dabei jedoch um eine qualitativ hochwertige Studie, deren Erklärungsziel im Grunde weniger in der Feststellung von Anteilswerten, sondern in der Erklärung der Einflüsse von Familie, Schule und Peers auf die Wahlentscheidung Jugendlicher bestand.

der Stichprobe sowohl nach unten als auch nach oben zu erweitern. Tatsächlich war dies bei den Shell-Jugendstudien jedoch nur teilweise der Fall. Bis 1985 erstreckten sie sich auf die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen. 1991 wurde diese Altersspanne dann in beide Richtungen erweitert. Die untere Altersgrenze wurde auf 13 Jahre gesenkt, die obere auf 29 Jahre erhöht. In der Shell-Jugendstudie von 1996 wurde die untere Altersgrenze sogar noch weiter herabgesetzt, nämlich auf 12 Jahre, gleichzeitig wurde die obere aber wieder auf 24 Jahre gesenkt (Jugendwerk der Deutschen Shell 1997: 392). 2000 wurde dann erneut wieder auf die vor 1991 übliche Altersabgrenzung von 15 bis 24 Jahren zurückgegangen (Fritzsche 2000: 353f.). 2002 wurden schließlich 12- bis 25-Jährige befragt. Es liegt auf der Hand, dass sich aus den jeweils publizierten Randverteilungen kein Trend ableiten lässt. Die Bildung von Zeitreihen auf der Basis dieser Daten würde vielmehr eine Sekundäranalyse voraussetzen, die sich auf diejenige Altersgruppe beschränkt, die in allen Studien befragt wurde, nämlich auf die 15- bis 24-Jährigen.

Die Altersabgrenzung von Jugend ist für den Vergleich zwischen Umfragen insbesondere deshalb von zentraler Bedeutung, weil Lebensgewohnheiten, Wertorientierungen und Einstellungen in der Jugendphase einem raschen Wandel unterliegen. Dies gilt nicht zuletzt für politische Einstellungen. Wie jede Querschnittsuntersuchung zeigt, steigt das Interesse an politischen Fragen in dieser Lebensphase deutlich an – mit einem markanten Sprung nach dem 14. Lebensjahr. In der Shell-Jugendstudie von 2002 gaben in der jüngsten Gruppe der 12- bis 14-Jährigen nur elf Prozent der Befragten an, sich für Politik zu interessieren, in der nächst älteren Gruppe der 15- bis 17-Jährigen waren es bereits 20 Prozent, bei den 18- bis 21-Jährigen 38 Prozent und bei den 22- bis 25-Jährigen 44 Prozent (Fischer 1997: 306). Dabei ist mit 24 Jahren der Endpunkt noch nicht erreicht, sondern das politische Interesse steigt auch danach noch bis über das 30. Lebensjahr hinaus an (Gille/Krüger/de Rijke 1998: 151f.; Hoffmann-Lange/de Rijke 1996: 576).

Ein dritter Fehler, der häufig begangen wird, sind überpointierte Generalisierungen auf der Basis weniger Indikatoren. Wie bereits erwähnt, werden in den meisten Jugendstudien politische Einstellungen nur am Rande miterfragt und dementsprechend durch wenige Fragen abgedeckt. Zudem neigen Jugendforscher auf Grund ihres Selbstverständnisses als Advokaten der jungen Generation dazu, hierfür hauptsächlich solche Items auszuwählen, in denen negative Haltungen gegenüber der Politik artikuliert werden. Die gefundenen Randverteilungen für diese Items werden dann vielfach umstandslos als Beleg für eine grassierende Politikverdrossenheit der Jugendlichen interpretiert und mit stark normativen Untertönen in die Öffentlichkeit getragen. So konstatierte beispielsweise Kühnel (1992: 60) auf der Basis von fünf in der Shell-Jugendbefragung von 1991 enthaltenen Items ein „erstaunlich hohes Ausmaß an Entfremdung gegenüber den politischen Institutionen und ihren Vertretern." Noch drastischer resümiert Fischer (1997: 319f.) seine Analyse der in der Shell-Studie von 1996 erhobenen politischen Einstellungen: „Diese Zusammenhänge zeigen auf, dass ein erlebtes Desinteresse der Politik an der Jugend verbunden mit dem Gefühl, dass die Erwachsenengeneration die Bedürfnisse der Jugendlichen unberücksichtigt lässt, zu politischer Entfremdung führt." Und unter umgekehrten politischen Vorzeichen sprach Veen (1986) von

einer „Erosion des institutionellen Bewusstseins“ der jüngeren Generation. Tatsächlich ist die empirische Basis für so weitreichende Schlussfolgerungen in der Regel nicht ausreichend, und Generalisierungen auf der Basis einzelner Items werden der Differenziertheit der politischen Einstellungen junger Menschen nicht gerecht.

Viertens tendieren Jugendforscher zu einer unzulänglichen Berücksichtigung der Ergebnisse der politischen Einstellungsforschung. Bei der Interpretation der in Jugendstudien gefundenen Einstellungen werden diese häufig nicht an der Erwachsenenbevölkerung, sondern an einem wirklichkeitsfremden Idealbild einer demokratischen Persönlichkeit gemessen. Dies hat zur Folge, dass völlig normale Einstellungsmuster teilweise als normativ bedenklich bewertet werden. Beispielsweise ist aus unzähligen Repräsentativbefragungen bekannt, dass Politik für die meisten Bürger nur einen geringen Stellenwert besitzt und das politische Interesse zudem mit dem Lebensalter zunimmt. Es darf daher nicht verwundern, wenn Jugendbefragungen ein relativ geringes politisches Interesse bei Jugendlichen zutage fördern. Erst der Vergleich mit der Erwachsenenbevölkerung kann erweisen, ob es sich dabei in erster Linie um ein lebenszyklisches Phänomen handelt oder ob es tatsächlich einen Trend zur Abnahme des politischen Interesses in der jüngeren Generation gibt. Zudem lässt sich überall und zu allen Zeiten ein hohes Maß an Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz sowie Unterstützung für Law-and-Order-Parolen feststellen (McClosky/Brill 1983). Auf Grund mangelnder Vertrautheit mit diesen Ergebnissen finden wohl meinende Pädagogen und Journalisten die gefundenen Randverteilungen zu solchen Fragen aber häufig schockierend. Dementsprechend garnieren sie ihre Interpretation der in Jugendstudien gefundenen Anteilswerte vielfach mit Wertungen wie „alarmierend“, „zu Besorgnis Anlass gebend“ und so weiter, leiten aus ihnen möglicherweise sogar einen „dringenden“ Maßnahmenbedarf ab (zum Beispiel Merkens/Steiner/Wenzke 1998: 125ff.).

An fünfter Stelle ist zu nennen, dass aus Querschnittsuntersuchungen zumindest implizit Trendaussagen abgeleitet werden. Typischerweise wird dabei unterstellt, früher hätten die Einstellungen Jugendlicher anders ausgesehen und besser den Erwartungen der Forscher entsprochen. Und sechstens wird schließlich üblicherweise ebenfalls automatisch und ungeprüft unterstellt, dass die Einstellungen der Erwachsenen anders aussehen als die der Jugendlichen, obwohl lediglich ein Kohortenvergleich dies erweisen könnte.

Umgekehrt zeigen aber auch die Analysen von Politikwissenschaftlern vielfach ein wenig ausgeprägtes Problembewusstsein. Da sie überwiegend mit den Daten repräsentativer Bevölkerungsumfragen arbeiten, bei denen die Altersuntergrenze in der Regel bei 18, günstigstenfalls bei 16 Jahren liegt, bleiben Differenzierungen in der Entwicklung politischer Einstellungen im jüngeren Lebensalter notwendigerweise unberücksichtigt. Dies bedeutet faktisch, dass die Politikwissenschaft die politische Sozialisationsforschung den Jugendforschern überlässt, die sie vielfach mit normativen und gleichzeitig unrealistischen Prämissen überfrachten. Zudem werden durch die Nichtberücksichtigung jüngerer Befragter Einstellungstrends möglicherweise erst spät erkannt beziehungsweise man überlässt die Identifikation solcher Trends den Spekulationen der Jugendforscher. Eine dritte Fehler-

quelle sind die in repräsentativen Bevölkerungsumfragen oftmals niedrigen Fallzahlen für die jüngste Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren, so dass die Randverteilungen für diese Gruppe mit einem relativ hohen Stichprobenfehler behaftet sind. Dies schränkt die Möglichkeiten für Unterteilungen dieser Altersgruppe nach wichtigen unabhängigen Variablen wie zum Beispiel Geschlecht und Bildungsniveau ein.

Ein weit verbreiteter Fehler aller Sozialwissenschaftler, die mit Umfragedaten arbeiten, liegt schließlich in der Tendenz, Generalisierungen lediglich auf die Ergebnisse der eigenen Studie(n) zu stützen. Zwar weiß jeder empirische Forscher um die statistischen Unzulänglichkeiten von Stichprobenerhebungen. Entsprechende Einschränkungen hinsichtlich der statistischen Zuverlässigkeit der eigenen Daten werden jedoch in Publikationen meist nicht besonders deutlich artikuliert. Bestenfalls wird die Repräsentativität der eigenen Untersuchung anhand weniger demographischer Variablen wie Alterskomposition, Geschlecht und Bildungsniveau überprüft. Bei allen Stichprobenerhebungen und in noch höherem Maße bei den Quotenstichproben der Shell-Jugendstudien können die Randverteilungen jedoch beträchtlich vom wahren Wert abweichen.

Als Ausweg empfiehlt sich hier der Rückgriff auf Vergleichszahlen aus anderen Umfragen. Für Jugendstudien, die seltener als repräsentative Bevölkerungsumfragen durchgeführt werden, stellt sich dieses Problem natürlich verschärft, da nur selten zeitnahe weitere Jugendumfragen verfügbar sind. Es ist aber zumindest möglich, Vergleiche mit den Ergebnissen repräsentativer Bevölkerungsumfragen vorzunehmen. Eine solche Außenvalidierung kann zumindest Vorsicht hinsichtlich einer vorschnellen Überinterpretation von Randverteilungen nahelegen. Zur Lösung des Problems geringer Fallzahlen für die jüngeren Befragten kann man inzwischen auch auf die kumulierten ALLBUS-Daten und die Daten der bislang 1994, 1998 und 2002 durchgeführten Wahlumfrage von Falter und anderen zurückgreifen.[5] Allerdings schränkt eine solche Kumulation wiederum die Möglichkeiten zur Feststellung von Einstellungstrends über die Zeit ein, so dass diese kumulierten Datensätze eher für die Analyse lebenszyklischer Effekte geeignet und zudem auf die Altersgruppe ab 18 beziehungsweise 16 Jahren beschränkt sind.

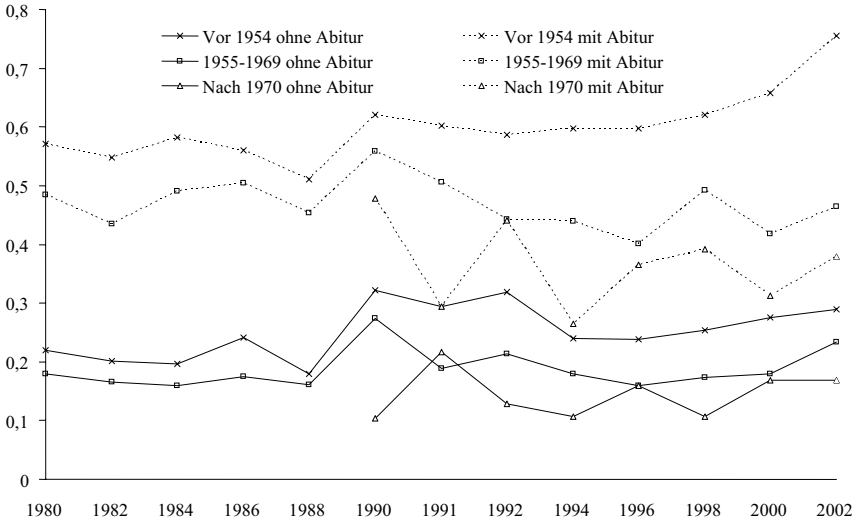
Die im nächsten Abschnitt vorgestellten Anteilswerte für das politische Interesse zeigen darüber hinaus, wie groß die Abweichungen in den Randverteilungen zu einzelnen Variablen selbst bei Umfragen sein können, die im selben Jahr durchgeführt wurden, ohne dass es möglich wäre, der einen oder anderen Studie größere Akkuratesse zu attestieren. Die Existenz solcher Abweichungen legt es daher nahe, Randverteilungen grundsätzlich mit einer gewissen Skepsis zu begegnen.

5 Der vollständige Titel der Studie lautet *Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland* (im Folgenden kurz als DFG-Wahlstudie bezeichnet). Primärforscher sind Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger und Karl Schmitt (nur 1994). 1994: ZA-Nr. 3065; 1998: ZA-Nr. 3066; 2002: ZA-Nr. 3861.

3. Die Kombination von Repräsentativbefragungen und Jugendstudien als Ausweg?

Leider gibt es bislang nur sehr wenige deutsche Studien, die eine empirisch abgesicherte Bestimmung von Trends in der politischen Kultur Jugendlicher oder über die Entwicklung politischer Einstellungen im Jugendalter erlauben. Die meisten Publikationen über Jugendstudien stützen sich auf wenige Erhebungszeitpunkte, und ihre Aussagekraft ist daher beschränkt. Zudem sind die Studien nur bedingt vergleichbar, da vielfach sowohl die Fragestellungen als auch die eingesetzten Messinstrumente von Studie zu Studie geändert wurden. Diese Probleme bei der Untersuchung politischer Einstellungstrends stehen in krassem Missverhältnis zur schier unüberschaubaren Fülle von Jugendumfragen, die beanspruchen, die jeweils neuesten Trends ermittelt zu haben. Doch selbst gute Jugendumfragen stoßen schnell an ihre Grenzen, solange sie nicht mit Vergleichsdaten über die Einstellungen Erwachsener aufwarten können. Nur für wenige Jugendstudien (unter anderem Jugendwerk der Deutschen Shell 1985; Schmidtchen 1983) wurde parallel eine erwachsene Vergleichspopulation befragt, und einschlägige Längsschnittdaten sind praktisch nicht verfügbar.

Abbildung 1: Entwicklung des politischen Interesses nach Kohorten und Bildungsabschluss in den alten Bundesländern von 1980 bis 2002 (in Prozent)



Quelle: ALLBUS 1980-2002.

Stützt man sich dagegen ausschließlich auf repräsentative Bevölkerungsumfragen, hat man das Problem, dass die dort befragten „Jugendlichen“ günstigstenfalls 16

und im Regelfall mindestens 18 Jahre alt sind. Weiterhin weiß man nicht, welche Entwicklungen diese Kohorte zuvor durchlaufen hat. Besonders gravierend ist jedoch das Problem geringer Fallzahlen, das sich schon bei bivariaten Analysen nach Alter beziehungsweise Kohortenzugehörigkeit ergibt und die Berücksichtigung von Untergruppen bestenfalls ansatzweise erlaubt. Dies lässt sich anhand von Tabelle 1 demonstrieren, die die Fallzahlen für die alten Bundesländer seit 1980 nach Kohortenzugehörigkeit und Bildungsniveau enthält. Schon die Berücksichtigung des für die politische Kulturforschung zentralen Merkmals Bildungsniveau bedingt, dass die Fallzahlen für Befragte mit Abitur in der jüngsten Altersgruppe – zumindest bis 1994 – so klein sind, dass die gefundenen Verteilungen für einzelne Merkmale nicht mehr als zuverlässige Schätzwerte für Anteilswerte in dieser Teilpopulation betrachtet werden können.[6]

Für das Befragungsjahr 1994 liegt die Fallzahl für die Kohorte der seit 1970 Geborenen – damals zwischen 18 und 24 Jahre alt – insgesamt bei 191 und für Befragte mit Abitur bei lediglich 49. Selbst für den ALLBUS 2002 wurden lediglich 183 seit 1970 geborene Westdeutsche mit Abitur befragt, obwohl diese Kohorte inzwischen die Altersspanne von 18 bis 32 Jahren umfasste. Die für die Analyse von Alterseffekten üblicherweise betrachtete jüngste Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren umfasste 322 Befragte, darunter 153 mit Abitur. Es liegt auf der Hand, dass angesichts solcher Fallzahlen eine Unterteilung nach weiteren Merkmalen wie Geschlecht, Urbanisierungsgrad oder Berufsstatus nur eingeschränkt möglich ist.

Angesichts der niedrigen Fallzahlen lässt sich dementsprechend nicht mit Sicherheit feststellen, ob die starken Schwankungen, die sich in Abbildung 1 für die Gruppe der seit 1970 Geborenen mit Abitur vom Befragungsjahr 1990 an ergeben, auf noch nicht gefestigte politische Einstellungen, auf eine zunehmende Fluktuation im politischen Interesse oder schlicht auf die geringen Fallzahlen für diese Gruppe zurückzuführen sind, die nur langsam von 18 im Jahr 1990 auf 183 im Jahr 2002 ansteigen. Im Gegensatz dazu sind die Effekte des Bildungsniveaus und der Kohortenzugehörigkeit bei den beiden älteren Kohorten im Zeitverlauf sehr stabil, und selbst in der jüngsten Kohorte sind die Ausschläge in der wesentlich mehr Befragte umfassenden Gruppe ohne Abitur nur geringfügig größer als in den beiden älteren Kohorten.[7]

Verzichtet man auf die Analyse der Entwicklungen im Zeitverlauf und nutzt stattdessen die Möglichkeit zur Kumulation der verschiedenen ALLBUS-Umfragen, so ergeben sich deutlich höhere Fallzahlen zur Bestimmung des Kohorteneffekts. Der kumulierte ALLBUS von 1980 bis 2002 erlaubt sogar eine zusätzliche Unterteilung nach Geschlecht und die Ausweisung einer zusätzlichen Kohorte (ab 1975). Dies gilt allerdings nur für die alten Bundesländer, wo die Fallzahl für die jüngste Kohorte mit Abitur 126 (64 männlich, 62 weiblich) beträgt.

6 Seit 1991 verteilt sich die Gesamtzahl von rund 3.000 Interviews auf Befragte aus den alten und den neuen Bundesländern, so dass die Fallzahl in den alten Bundesländern gesunken ist. Sie betrug 1.154 für 1991 und liegt seit 1992 bei circa 2.000 Befragten.

7 Tabelle 1 zeigt darüber hinaus, wie stark die im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung erfolgte Verminderung der Fallzahlen für die alten Bundesländer die Analysemöglichkeiten einschränkt.

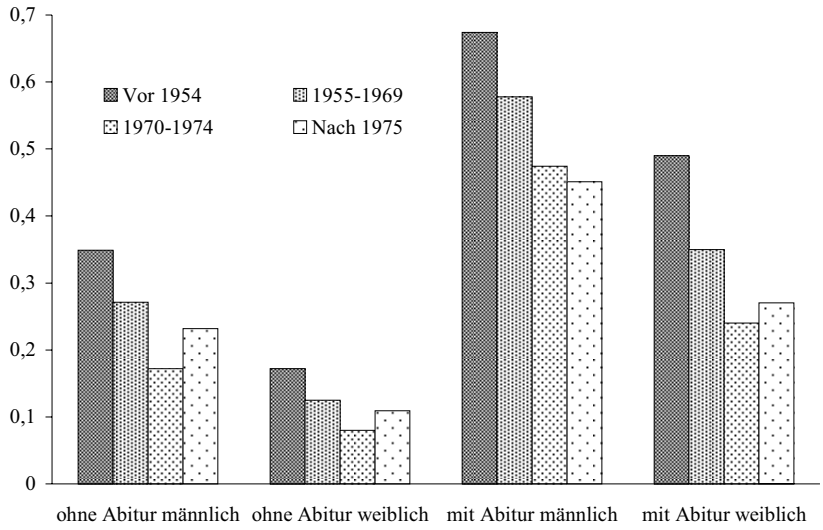
Tabelle 1: Fallzahlen des ALLBUS nach Kohorten und Bildungsniveau für die Befragungsjahre 1980 bis 2002 (alte Bundesländer)

Jahr	-1954	1954-1969	1970+	Gesamt
1980 ohne Abitur	2273	268	–	2541
mit (Fach-)Abitur	308	97	–	405
1982 ohne Abitur	2238	330	–	2568
mit (Fach-)Abitur	287	130	–	417
1984 ohne Abitur	1993	442	–	2435
mit (Fach-)Abitur	367	175	–	542
1986 ohne Abitur	1914	503	–	2417
mit (Fach-)Abitur	336	246	–	582
1988 ohne Abitur	1758	607	17	2382
mit (Fach-)Abitur	296	305	2	603
1990 ohne Abitur	1646	543	33	2222
mit (Fach-)Abitur	339	396	18	753
1991 ohne Abitur	737	342	46	1125
mit (Fach-)Abitur	171	170	17	358
1992 ohne Abitur	1242	523	62	1827
mit (Fach-)Abitur	219	263	34	516
1994 ohne Abitur	1147	536	142	1825
mit (Fach-)Abitur	205	223	49	477
1996 ohne Abitur	1098	517	181	1796
mit (Fach-)Abitur	209	262	96	567
1998 ohne Abitur	1112	429	190	1721
mit (Fach-)Abitur	188	179	92	459
2000 ohne Abitur	876	421	209	1506
mit (Fach-)Abitur	178	189	138	505
2002 ohne Abitur	719	369	219	1307
mit (Fach-)Abitur	184	220	183	587
Gesamt ohne Abitur	18753	5830	1089	25672
mit (Fach-)Abitur	3287	2855	629	6771
Gesamt	22040	8685	1718	32443

Quelle: ALLBUS 1980-2002 (kumulierter Datensatz).

Abbildung 2 zeigt ein konsistentes Muster, wonach das politische Interesse in der ältesten Kohorte deutlich höher liegt als in den nachfolgenden Kohorten. Darüber hinaus ist in den Gruppen mit Abitur ein deutlicher Rückgang des politischen Interesses von der ersten zur zweiten und von der zweiten zur dritten Kohorte zu konstatieren, während die Unterschiede zwischen der dritten und der vierten Kohorte minimal sind.

Abbildung 2: Großes politisches Interesse nach Bildungsniveau, Geschlecht und Kohortenzugehörigkeit in den alten Bundesländern (in Prozent)



Quelle: ALLBUS 1980-2002 (kumulierter Datensatz).

Für die beiden jüngsten Kohorten lässt sich allerdings nicht ausschließen, dass die niedrigeren Werte auch auf deren jüngeres Lebensalter zurückzuführen sind. Angehörige der Kohorte der von 1970 bis 1974 Geborenen waren erstmals 1988 im ALLBUS vertreten und die ältesten Befragten dieser Kohorte waren im Jahr 2002 erst 32 Jahre alt, so dass knapp drei Fünftel der Befragten dieser Kohorte (58 Prozent) im jeweiligen Befragungsjahr jünger als 25 Jahre waren. In der Kohorte der von 1975 bis 1979 Geborenen war sogar ein knappes Viertel (23 Prozent) unter 20 Jahre und weitere 62,5 Prozent zwischen 20 und 24 Jahre alt (Tabelle 2). Da das politische Interesse erfahrungsgemäß bis zum 30. Lebensjahr zunimmt, lassen sich damit für die jüngeren Kohorten Lebenszyklus- und Kohorteneffekte nicht trennen. Die Zahl der ab 1980 Geborenen ist schließlich mit 215 Befragten so klein, dass sie nicht mehr gleichzeitig nach Geschlecht und Bildungsniveau unterteilt werden konnte.

Tabelle 2: Alter und Kohortenzugehörigkeit im ALLBUS von 1980 bis 2002 für die alten Bundesländer (in Spaltenprozent)

	Kohorte					
Altersgruppe	-1954	1955-1969	1970-1974	1975-1979	1980+	Gesamt
18-19 Jahre	0,0	4,9	19,7	23,0	62,8	2,8
20-24 Jahre	0,0	21,4	38,3	62,5	37,2	8,3
25-29 Jahre	1,8	27,8	33,8	14,5	0,0	10,1
30+ Jahre	98,2	46,0	8,3	0,0	0,0	78,8
Gesamt	22192	8851	1150	531	215	32939

Quelle: ALLBUS 1980-2002 (kumulierter Datensatz).

Eine vergleichbare Analyse mit dem kumulierten Datensatz der DJI-Jugendsurveys von 1992 und 1997 erlaubt es, die Analyse um die Kohorte der 1981 bis 1982 Geborenen zu erweitern. Da es sich beim DJI-Jugendsurvey jedoch um eine reine Jugendstudie handelt, die auf Befragte bis zum Alter von 29 Jahren beschränkt ist, ist es hier mit bislang zwei verfügbaren Messzeitpunkten kaum möglich, Lebenszyklus- und Kohorteneffekte zu trennen. Ein Kohortenvergleich zwischen ALLBUS und DJI-Jugendsurvey lässt sich lediglich für die Kohorte der 1970 bis 1974 Geborenen durchführen, deren Altersverteilung in beiden Studien einigermaßen übereinstimmt (Tabelle 2 und 3). Schon die Kohorte der 1975 bis 1979 Geborenen weist im ALLBUS und im DJI-Jugendsurvey deutliche Abweichungen hinsichtlich ihrer Alterszusammensetzung auf: Im ALLBUS waren drei Viertel der Befragten dieser Kohorte zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 20 Jahre alt (77 Prozent) und nur ein knappes Viertel unter 20 Jahren. Im DJI-Jugendsurvey waren dagegen lediglich 38,7 Prozent Befragte dieser Kohorte zum Zeitpunkt der Befragung bereits 20 Jahre alt, während 27 Prozent das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten.[8] Dementsprechend liegen die Anteilswerte der Befragten mit großem politischen Interesse in dieser Kohorte im DJI-Jugendsurvey deutlich unter denjenigen im ALLBUS: Bei den männlichen Befragten mit Abitur beträgt die Prozentsatzdifferenz beispielsweise fast 13 Prozentpunkte (45,1 Prozent zu 32,6 Prozent).

Tabelle 3: Alter und Kohortenzugehörigkeit im DJI-Jugendsurvey 1992 und 1997 für die alten Bundesländer (in Spaltenprozent)

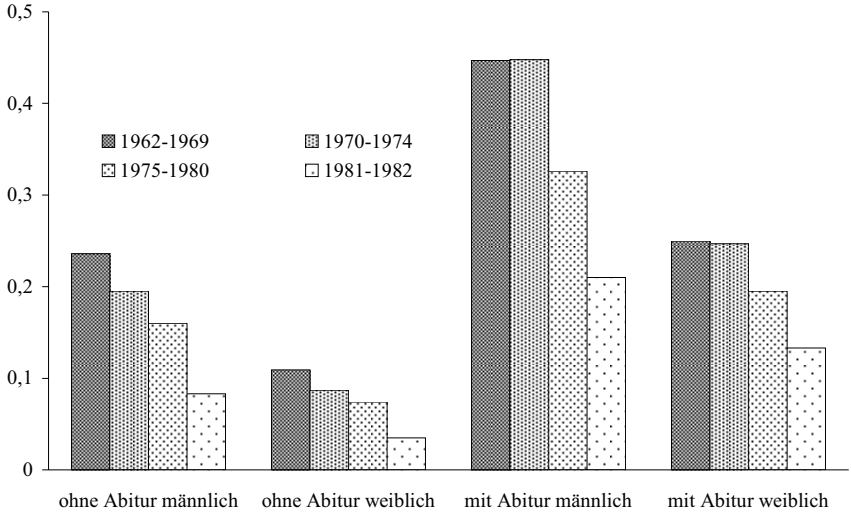
	Kohorte				
Altersgruppe	1962-1969	1970-1974	1975-1979	1980-1981	Gesamt
16-17 Jahre	0,0	1,6	27,0	100,0	17,9
18-19 Jahre	0,0	20,0	34,3	0,0	13,7
20-24 Jahre	22,2	50,5	38,7	0,0	31,6
25-29 Jahre	77,8	27,9	0,0	0,0	36,9
Gesamt	3337	2530	2090	995	8952

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 1997 (kumulierter Datensatz).

8 Der höhere Anteil der über 20-Jährigen dieser Kohorte im ALLBUS erscheint nur auf den ersten Blick unplausibel. Er ist darauf zurückzuführen, dass die ALLBUS-Zeitreihe bis ins Erhebungsjahr 2002 reicht, in dem selbst die 1979 Geborenen bereits 23 Jahre alt waren.

Grundsätzlich eignen sich Jugendstudien daher in erster Linie zur Bestimmung von Lebenszykluseffekten, wobei das Poolen verschiedener Umfragen die Möglichkeiten für eine Aufteilung nach Subgruppen noch verbessert. Ein Vergleich der Abbildungen 3 und 5 zeigt für den DJI-Jugendsurvey fast spiegelbildliche Verteilungen. Insofern eignen sich Jugendumfragen wegen der Konfundierung von Alters- und Kohorteneffekten nicht für Kohortenanalysen.

Abbildung 3: Großes politisches Interesse nach Bildungsniveau, Geschlecht und Kohortenzugehörigkeit in den alten Bundesländern (in Prozent)

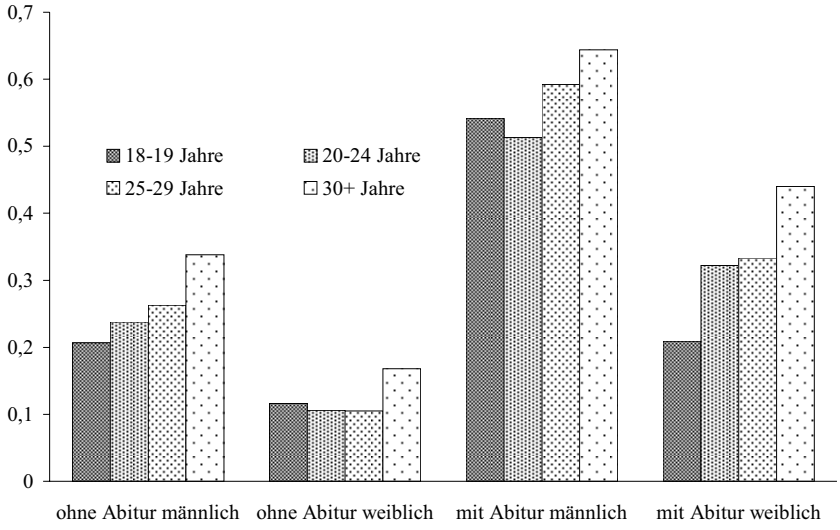


Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 1997 (kumulierter Datensatz).

Ein Vergleich von Abbildung 4 und 5 zeigt zudem, dass sich beide Umfragen gut kombinieren lassen, soweit es um die Bestimmung von Lebenszykluseffekten geht. Die Daten des DJI-Jugendsurveys lassen erkennen, dass das politische Interesse zwischen 16 und 25 Jahren steil ansteigt, vor allem in der Gruppe der Befragten mit Abitur beziehungsweise mit Gymnasialbesuch. Allerdings gibt es auch einen systematischen Unterschied: In allen Untergruppen liegen die Anteilswerte im DJI-Jugendsurvey unter den entsprechenden Werten des ALLBUS. Dies dürfte in erster Linie auf das außerordentlich hohe Niveau des politischen Interesses in den beiden Wendejahren 1990 und 1991 zurückzuführen sein, in denen ALLBUS-Erhebungen durchgeführt wurden. Die beiden DJI-Jugendsurveys wurden dagegen später erhoben, als das politische Interesse bereits wieder zurückgegangen war.[9]

9 Dies verweist gleichzeitig auf die Grenzen einer Kumulation von Umfragen über längere Zeiträume, sofern Indikatoren in die Analyse einbezogen werden sollen, in denen die Anteilswerte ausgeprägte Fluktuationen über den Zeitverlauf aufweisen.

Abbildung 4: Großes politisches Interesse nach Bildungsniveau, Geschlecht und Alter in den alten Bundesländern (in Prozent)



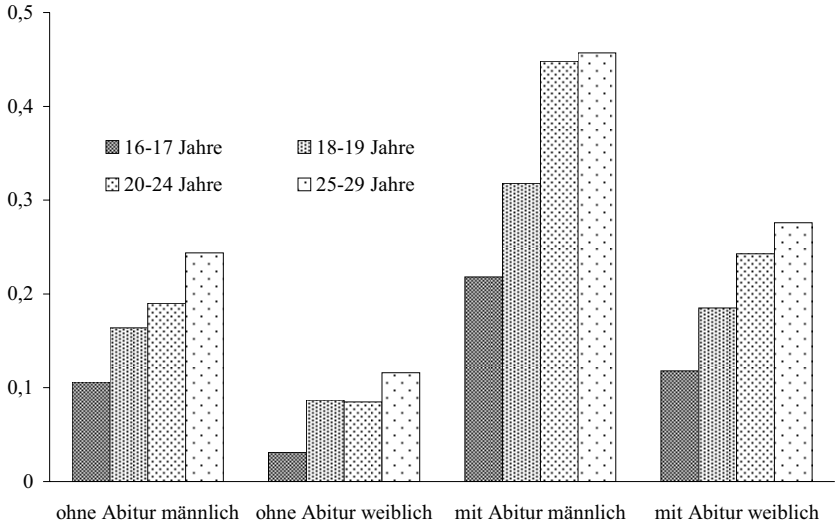
Quelle: ALLBUS 1980-2002 (kumulierter Datensatz).

Sofern die Erhebungen einigermaßen zeitnah durchgeführt werden, kann man Jugendstudien also als wertvolle Ergänzung repräsentativer Bevölkerungsumfragen nutzen. Sie können in diesem Fall auch für Kohortenanalysen herangezogen werden, allerdings nur unter der Maßgabe, dass in der jüngsten Altersgruppe Lebenszyklus- und Kohorteneffekte nicht eindeutig getrennt werden können.

Leider ist die Überschneidungsmenge vergleichbarer Indikatoren zwischen Jugendstudien und repräsentativen politischen Meinungsumfragen in der Regel nicht besonders groß, da in den Jugendstudien politische Themen meist nur eine marginale Rolle spielen. Außerdem werden häufig auch nicht dieselben Frageformulierungen und Antwortvorgaben verwendet. Der DJI-Jugendsurvey nimmt hier eine rühmliche Sonderstellung ein. Dies zeigt sich vor allem bei der Kombination mit der DFG-Wahlstudie von Falter und anderen. Die Anteilswerte für verschiedene Indikatoren sind sogar trotz geringfügiger Abweichungen in den Fragenformulierungen und unterschiedlicher Antwortskalen relativ gut vergleichbar, wie die Ergebnisse in Tabelle 4 und 5 zeigen. Im Interesse größerer Fallzahlen wurden dabei die beiden bisher durchgeführten Wellen des DJI-Jugendsurveys (1992 und 1997) gepoolt, so dass dieser Datensatz insgesamt 14.009 Fälle umfasst, 8.952 für die alten und 5.057 für die neuen Bundesländer. Auch die Daten der DFG-Wahlstudie

für 1994 bis 2002 wurden gepoolt (Westdeutschland: N = 6.454, Ostdeutschland: N = 4.260).[10]

Abbildung 5: Großes politisches Interesse nach Bildungsniveau, Geschlecht und Alter in den alten Bundesländern (in Prozent)



Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 1997 (kumulierter Datensatz).

Der Anteil der Postmaterialisten ist in beiden Studien gut vergleichbar. Er steigt im Westen bei den Befragten mit Abitur wie theoretisch erwartet von lediglich 18 Prozent bei den vor 1940 Geborenen auf 40,5 Prozent bei der ersten Nachkriegskohorte an. In den darauf folgenden Kohorten sinkt er dann langsam wieder bis auf etwa 30 Prozent ab. Nach den Daten des DJI-Jugendsurvey liegt er in der jüngsten Kohorte sogar bereits unter der 30-Prozent-Marke. Auch die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sind in beiden Studien sehr ähnlich. Im Osten liegen die Anteilswerte durchweg deutlich unter denen im Westen. Lediglich in der Kohorte der zwischen 1970 und 1974 Geborenen werden die westdeutschen Werte erreicht, wobei allerdings der Anteilswert für die Befragten mit Abitur im DJI-Jugendsurvey deutlich unter dem in der DFG-Wahlstudie liegt (30,2 Prozent zu 41,8 Prozent). Angesichts der deutlich höheren Fallzahl dürften die Werte des DJI-Jugendsurvey hier zuverlässiger sein, wo diese Gruppe 451 Befragte im Vergleich zu lediglich 95 in der DFG-Wahlstudie umfasst.

10 Da die Fallzahl für die Kohorte der ab 1980 Geborenen auch im gepoolten Datensatz lediglich 194 für die alten und 162 für die neuen Bundesländer betrug, wurden diese Fälle der nächst älteren Kohorte zugeschlagen.

Tabelle 4: Ausgewählte politische Einstellungen nach Kohortenzugehörigkeit und Bildungsniveau (Anteilswerte für die jeweilige Gruppe)

	Westdeutschland					Ostdeutschland				
Kohorten	-1939	1940-1954	1955-1969	1970-1974	1975+	-1939	1940-1954	1955-1969	1970-1974	1975+
					Postmaterialisten[a]					
ohne Abitur	7,7	12,4	12,3	16,4	14,3	3,3	5,6	7,8	10,0	16,3
mit (Fach-)Abitur	18,0	40,5	39,3	34,6	32,1	11,0	15,5	22,4	41,8	27,4
					Demokratiezufriedenheit[b]					
ohne Abitur	49,9	47,6	40,9	36,4	37,1	32,0	20,9	18,6	22,2	16,3
mit (Fach-)Abitur	62,3	63,3	56,4	58,6	57,5	17,1	23,8	30,2	33,3	43,1
					Vertrauen in Parteien[b]					
ohne Abitur	25,9	24,9	18,4	19,2	21,6	25,8	22,4	17,3	21,1	7,1
mit (Fach-)Abitur	25,0	20,1	16,1	17,9	15,4	15,4	19,8	13,3	21,8	14,7
					Selbsteinstufung Links[c]					
ohne Abitur	8,8	14,0	13,6	18,7	18,9	18,5	15,9	19,4	11,8	25,0
mit (Fach-)Abitur	8,2	22,7	26,4	24,6	31,2	43,2	29,4	35,5	28,8	22,5
					Selbsteinstufung Rechts[d]					
ohne Abitur	12,5	8,6	7,7	7,5	10,8	3,9	3,1	4,9	5,9	22,2
mit (Fach-)Abitur	14,3	4,0	3,1	2,5	2,4	2,7	3,7	0,8	0,0	3,4

a Postmaterialismus-Skala von Ronald Inglehart.
b Werte von 1 bis 2 auf einer Skala von 1 bis 5.
c Werte von 1 bis 3 auf einer Skala von 1 bis 11.
d Werte von 8 bis 11 auf einer Skala von 1 bis 11.
Quelle: DFG-Wahlstudie 1994, 1998 und 2002 (kumulierter Datensatz).

Für die Demokratiezufriedenheit ergibt sich in der DFG-Wahlstudie eine markante Abnahme von der ältesten zur jüngsten Kohorte. Gleichzeitig liegen die Werte bei den Befragten mit Abitur in den alten Bundesländern zwischen 12 und 20 Prozentpunkte höher als bei den Befragten ohne Abitur. Im DJI-Jugendsurvey ist der Unterschied zwischen den Befragten mit und ohne Abitur in den beiden älteren Kohorten dagegen sehr gering und steigt nur in der jüngsten Kohorte auf über zehn Prozent. Über die Ursachen dieser Unterschiede kann man nur spekulieren.

In den neuen Bundesländern ist die Demokratiezufriedenheit bei den Befragten mit Abitur in der ältesten Kohorte geringer als bei denen ohne Abitur. Dieses Ergebnis ist nicht unplausibel und stimmt mit den Ergebnissen anderer Studien überein, nach denen sich die Intelligenz in der DDR stärker mit dem Sozialismus identifizierte als die übrigen DDR-Bürger. Sie erlitt zudem durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten einen Statusverlust. Dementsprechend ist die Unzufriedenheit mit den neuen politischen Verhältnissen in dieser Gruppe am größten (Gluchowski/Zelle 1992: 253). Von diesem Statusverlust waren in erster Linie diejenigen betroffen, die sich in der Zeit des politischen Umbruchs auf Grund ihres fortgeschrittenen Alters nicht mehr neu orientieren konnten. Sie endeten vielfach in der Arbeitslosigkeit oder wurden in den Vorruhestand abgeschoben. In dieser Ko-

horte ist gleichzeitig auch die dezidierte Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland (Skalenwerte 4 und 5) mit 34,1 Prozent am höchsten.

Tabelle 5: Ausgewählte politische Einstellungen nach Kohortenzugehörigkeit und Bildungsniveau (Anteilswerte für die jeweilige Gruppe)

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
Kohorten	1962-1969	1970-1974	1975-1979	1980-1981	1962-1969	1970-1974	1975-1979	1980-1981
				Postmaterialisten[a]				
ohne Abitur	18,5	18,4	20,0	18,7	12,9	13,9	13,6	14,0
mit (Fach-)Abitur	40,4	36,9	34,8	28,1	27,3	30,2	29,0	23,7
				Demokratiezufriedenheit[b]				
ohne Abitur	49,3	46,6	43,2	37,4	27,0	27,3	22,6	19,4
mit (Fach-)Abitur	49,6	51,0	50,7	50,6	30,9	29,1	28,9	27,9
				Vertrauen in Parteien[c]				
ohne Abitur	24,0	23,5	20,1	24,9	16,6	15,8	14,2	11,4
mit (Fach-)Abitur	19,8	21,3	20,5	23,0	23,6	16,2	14,9	14,8
				Selbsteinstufung Links[d]				
ohne Abitur	15,0	13,9	13,5	13,8	17,0	13,3	10,8	12,1
mit (Fach-)Abitur	29,1	25,5	21,5	20,0	30,9	30,7	25,2	18,5
				Selbsteinstufung Rechts[e]				
ohne Abitur	11,2	12,8	11,7	13,2	9,3	12,2	18,3	16,1
mit (Fach-)Abitur	6,1	5,2	4,9	6,5	4,6	5,6	5,2	9,5

a Postmaterialismus-Skala von Ronald Inglehart.
b Werte von 1 bis 2 auf einer Skala von 1 bis 6.
c Werte von 1 bis 3 auf einer Skala von 1 bis 7.
d Werte von 1 bis 3 auf einer Skala von 1 bis 10.
e Werte von 8 bis 10 auf einer Skala von 1 bis 10.
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 1997 (kumulierter Datensatz).

Bei den jüngeren Kohorten im Osten ist der Bildungseffekt dagegen ähnlich wie im Westen, wobei in der jüngsten Kohorte der ab 1975 Geborenen die Anteilswerte zwischen den beiden Studien aber wieder deutlich voneinander abweichen. Hier liegt der Verdacht nahe, dass der sehr hohe und von den übrigen Ergebnissen krass abweichende Anteilswert in der DFG-Wahlstudie ein durch die geringe Fallzahl dieser Gruppe (N = 95) bedingter Ausreißer ist.

Bemerkenswert ist bei dieser Frage aber letztlich, dass die Anteilswerte in beiden Studien einigermaßen vergleichbar sind, obwohl im einen Fall eine fünf- und im anderen eine sechsstufige Antwortskala verwendet wurde. Ähnliches gilt für das Vertrauen in die politischen Parteien, das im DJI-Jugendsurvey mit einer sieben- und in der DFG-Wahlstudie mit einer fünfstufigen Skala gemessen wurde. Allerdings ergeben sich im Einzelfall doch teils erhebliche Abweichungen.

Auch die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala ergibt für beide Studien weitgehend konsistente Ergebnisse. Der Anteil derjenigen, die sich selbst als rela-

tiv links stehend einstufen, liegt mit Ausnahme der ältesten Kohorte im Westen wie im Osten bei den Befragten mit Abitur deutlich höher. Während dieser Anteil jedoch in der Gruppe mit dem höchsten Bildungsniveau im Westen in allen ab 1940 geborenen Kohorten zwischen einem Fünftel und einem Viertel beträgt, nimmt er in den neuen Bundesländern von zwei Fünfteln in der ältesten auf unter 20 Prozent in der jüngsten Kohorte ab.

In den neuen Bundesländern ist schließlich der Anteilswert derjenigen, die sich als weit rechts stehend einstufen, im DJI-Jugendsurvey fast durchgängig deutlich höher als in den jüngeren Kohorten der DFG-Wahlstudie. Lediglich für die Kohorte der ab 1975 Geborenen liegt der Wert in der DFG-Wahlstudie höher. Schon der erste DJI-Jugendsurvey von 1992 hat hier einen Trend in der jungen Generation der neuen Bundesländer aufgedeckt, der mit den für diese Altersgruppe notwendigerweise geringeren Fallzahlen repräsentativer Bevölkerungsumfragen zunächst noch nicht ausreichend erfasst werden konnte. Zudem lässt sich mit den differenzierten Daten des DJI-Jugendsurveys auch sehr deutlich nachweisen, dass es sich dabei vor allem um ein geschlechtsspezifisches Phänomen handelt. Bei den männlichen Jugendlichen ohne höhere Bildung im Osten liegt der Anteil derjenigen, die sich als weit rechts stehend einstufen, bei 19,2 Prozent im Vergleich zu lediglich sechs Prozent bei den weiblichen Jugendlichen.

Alles in allem bestätigen die Ergebnisse die Vorzüge der vorgenommenen Kombination beider Umfragen. Soweit es sich um eine Altersgruppe beziehungsweise Kohorte handelt, die in beiden Studien mit ausreichender Fallzahl vertreten ist, legen abweichende Anteilswerte es nahe, Vorsicht bei der Interpretation der Randverteilungen walten zu lassen. Zudem kann man für die jüngeren Kohorten die in der DFG-Wahlstudie gefundenen Ergebnisse besser validieren, da es die erheblich höheren Fallzahlen des DJI-Jugendsurvey erlauben, Trends für die jüngeren Kohorten auf einer erheblich breiteren Datenbasis zu ermitteln.

4. Schluss

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die Untersuchung langfristiger Trends in der politischen Kultur (von Jugendlichen) ebenso wie die Analyse der Entwicklung politischer Einstellungen im Jugendalter (einschließlich der politischen Sozialisationsforschung) methodisch komplexe Unterfangen sind, die sowohl Längsschnittdaten als auch Vergleiche zwischen Altersgruppen beziehungsweise Kohorten voraussetzen. Dies sollte für jeden, der mit empirischen Daten umgeht, selbstverständlich sein, wird jedoch aus mehreren Gründen nicht immer beachtet. Einmal haben die meisten Forscher einen natürlichen Hang dazu, die Bedeutung ihrer empirischen Ergebnisse durch Dramatisierung zu unterstreichen. Zum anderen weisen vor allem Jugendsoziologen und Pädagogen ein normatives Verständnis ihrer wissenschaftlichen Arbeit auf. Sie geben sich nicht mit der Erklärung empirischer Zusammenhänge zufrieden, sondern interpretieren ihre Umfrageergebnisse immer auch unter dem Aspekt pädagogischen Interventionsbedarfs. Hierzu wird nicht selten die Öffentlichkeit gesucht, wo sie wiederum auf Journalisten treffen, die

einerseits ein professionelles Interesse an spektakulären Resultaten haben, andererseits aber in der Regel selbst nicht viel von empirischer Forschung verstehen und die von den Forschern angebotenen Interpretationen dementsprechend kritiklos übernehmen.

Politikwissenschaftler haben sich lange Zeit selbstgenügsam auf die verfügbaren Repräsentativstudien und die Durchführung von Kohortenanalysen beschränkt, sich jedoch wenig in die öffentlichen Debatten über Jugend und Politik eingemischt. Zudem haben sie sehr selten eigene Jugendstudien durchgeführt und die verfügbaren Daten der Jugendstudien kaum genutzt. Umso erfreulicher ist es, dass im vorliegenden Band der Versuch gemacht wird, das Verhältnis junger Menschen zur Politik aus politikwissenschaftlicher Sicht empirisch zu analysieren. Es bietet sich an, in Zukunft hierfür auch die vorliegenden Jugendstudien sekundäranalytisch zu nutzen, da sich damit die Aussagen über die nachwachsende Generation erheblich differenzieren lassen.

Literatur

Allerbeck, Klaus/Hoag, Wendy J. (1985): Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven. München: Piper.

Arnim, Hans Herbert von (Hrsg.) (2003): Korruption. Netzwerke in Politik, Ämtern und Wirtschaft. München: Knaur.

Deutsche Shell (Hrsg.) (2000): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. 2 Bände. Opladen: Leske + Budrich.

Deutsche Shell (Hrsg.) (2002): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch.

Fischer, Arthur (1997): Engagement und Politik. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen. Opladen: Leske + Budrich, 303-341.

Fischer, Arthur (2000): Jugend und Politik. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Band 1. Opladen: Leske + Budrich, 261-282.

Fritzsche, Yvonne (2000): Die quantitative Studie. Stichprobenstruktur und Feldarbeit. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Band 1. Opladen: Leske + Budrich, 348-378.

Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Gille, Martina/Krüger, Winfried/Rijke, Johann de/Willems, Helmut (1998): Politische Orientierungen, Werthaltungen und die Partizipation Jugendlicher. Veränderungen und Trends in den 90er Jahren. In: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. 2., durchgesehene Auflage. Neuwied: Luchterhand, 148-177.

Gluchowski, Peter/Zelle, Carsten (1992): Demokratisierung in Ostdeutschland. Aspekte der politischen Kultur in der Periode des Systemwechsels. In: Gerlich, Peter/Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hrsg.): Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa. Wien: Böhlau, 230-274.

Hoag, Wendy J. (1986): Der Bekanntenkreis als Universum. Das Quotenverfahren der Shell-Studie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3, 123-132.

Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.) (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Hoffmann-Lange, Ursula (2001): Der fragwürdige Beitrag von Jugendstudien zur Analyse von Trends in der politischen Kultur. In: Jahrbuch für Jugendforschung. Band 1. Opladen: Leske + Budrich, 187-210.

Hoffmann-Lange, Ursula/Rijke, Johann de (1996): 16jährige Wähler - erwachsen genug? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 27, 572-585.

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1985): Jugendliche + Erwachsene '85. 5 Bände. Opladen: Leske + Budrich.

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1992): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. 4 Bände. Opladen: Leske + Budrich.

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1997): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen. Opladen: Leske + Budrich.

Kuhn, Hans-Peter/Weiss, Karin/Oswald, Hans (Hrsg.) (2001): Jugendliche Wähler in den neuen Bundesländern. Eine Längsschnittstudie zum Verhalten von Erstwählern bei der Bundestagswahl 1998. Opladen: Leske + Budrich.

Kühnel, Wolfgang (1992): Orientierungen im politischen Handlungsraum. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1992): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. Band 2. Opladen: Leske + Budrich, 59-71.

McClosky, Herbert/Brill, Alida (1983): Dimensions of Tolerance. What Americans believe about civil liberties. New York: Russell Sage Foundation.

Merkens, Hans/Steiner, Irmgard/Wenzke, Gerhard (1998): Lebensstile Berliner Jugendlicher 1997. Projektbericht. Berlin: Zentrum für Europäische Bildungsforschung der Freien Universität Berlin.

Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Opladen: Leske + Budrich.

Schmid, Christine (2001): Die Methode der Untersuchung. In: Kuhn, Hans-Peter/Weiss, Karin/Oswald, Hans (Hrsg.): Jugendliche Wähler in den neuen Bundesländern. Eine Längsschnittstudie zum Verhalten von Erstwählern bei der Bundestagswahl 1998. Opladen: Leske + Budrich, 37-74.

Schmidtchen, Gerhard (1983): Jugend und Staat. In: Matz, Ulrich/Schmidtchen, Gerhard: Gewalt und Legitimität. Opladen: Westdeutscher Verlag, 105-437.

SINUS (1983): Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Opladen: Leske + Budrich.

Veen, Hans-Joachim (1986): Die neue Spontaneität. Empirische Ergebnisse zur Erosion des institutionellen Bewußtseins bei Jüngeren. In: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Wahrheit statt Mehrheit? München: Olzog, 105-123.

Westle, Bettina (1995): Nationale Identität und Nationalismus. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, 195-243.

Westle, Bettina (1999): Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen. Opladen: Leske + Budrich.

Zinnecker, Jürgen/Molnár, Péter (1988): Lebensphase Jugend im historisch-interkulturellen Vergleich- Ungarn 1985 – Westdeutschland 1954 – Westdeutschland 1984. In: Ferchhoff, Wilfried/Olk, Thomas (Hrsg.): Jugend im internationalen Vergleich. Sozialhistorische und sozialkulturelle Perspektiven. München. Juventa: 1988, 181-206.